

EXTRA

zum **Streik** im
Öffentlichen Dienst
2006

Ausgabe Nr.5

VER.DI VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT



**Protest auch auf dem Wasser:
Von der Hamburger Kleinen Alster
aus macht ver.di flott gegen die
TdL-Politik**
FOTO: VER.DI HH

Streik auf allen Kanälen

ver.di streikt für alle. Im öffentlichen Dienst soll abgewendet werden, was allen droht: Längere Arbeitszeiten und weniger Geld

Dies ist die 14. Streikwoche für die Beschäftigten der Bundesländer! Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat es einen Streik im öffentlichen Dienst gegeben, der auch nur annähernd so lange durchgehalten wurde. Noch nie hat es öffentliche Arbeitgeber wie die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gegeben, die so offensichtlich desinteressiert an einer Einigung waren. Bei dem jetzt endlich von der TdL angebotenen Verhandlungstermin am 18. und 19. Mai muss sich beweisen, ob die Länder-Arbeitgeber ernsthaft an einem Kompromiss mit ver.di interessiert sind – oder ob sie weiterhin auf ihr Tarifdiktat bestehen:

- Arbeitszeitverlängerung auf 40 bis 42 Stunden in der Woche,
- Abschaffung bzw. Reduzierung der Sonderzahlungen,
- noch mehr Arbeit für weniger Geld.

Im Gegensatz zu den kommunalen Arbeitgebern in Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg hat sich die TdL in all den Wochen hartnäckig geweigert, konstruktiv zu verhandeln. Beim bisher einzigen Verhandlungstermin am 10. März provozierte TdL-Verhandlungsführer Hartmut Möllring (CDU) durch demonstrative Gleichgültigkeit. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU), der in seinem Bundesland 42 Stunden arbeiten lassen will, gab die Parole aus: „Wenn schon der öffentliche Dienst auf eine Wochenarbeitszeit von bis zu 42 Stunden kommt, wird dies auch für die anderen Wirtschaftszweige nicht ohne Auswirkung bleiben“. Im Klartext: In den Ländern wollen die Arbeitgeber durchsetzen, was auch in der privaten Wirtschaft gelten soll.

Bei diesem Arbeitskampf geht es um viel mehr als um die Arbeits- und Entgeltbedingungen in den Ländern. Es geht um die soziale Entwicklung Deutschlands. Deshalb lassen die Streikenden in der ganzen Republik auch nach mehr

**DER NEUE
VERHANDLUNGSTERMIN**

Die Entscheidung fällt jetzt

Bei dem Verhandlungstermin am 18./19. Mai in Potsdam muss eine Entscheidung fallen. Dies war die einhellige Meinung auf einer ver.di-Konferenz am 5. Mai in Hannover, an der rund 250 Delegierte aus allen Streikbetrieben der Republik teilgenommen haben. Die Verzögerungsstrategie der Arbeitgeber sei ausgereizt, die Streikenden halten trotz ihrer vielerorts spürbaren Erschöpfung durch. **Wenn mit der TdL insgesamt kein für ver.di akzeptabler Kompromiss zustande kommt, soll eine Einigung mit den verhandlungswilligen Ländern angestrebt werden.** Außerdem soll es in diesem Fall Ende Mai eine weitere Zusammenkunft der Vertreter/innen der Streikbelegschaften geben, um die Strategie angesichts der neuen Situation zu beraten. Wichtig ist eine enge Abstimmung zwischen der zentralen Verhandlungsführung und den streikenden Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben.

als drei Monaten nicht locker. Deshalb stehen sie immer noch vor den Toren, verzichten auf einen Teil ihres Einkommens, nehmen Stress, Hektik und Anfeindungen durch ihre örtlichen Arbeitgeber in Kauf. Deshalb halten sie dem Druck der veröffentlichten Meinung stand, setzen sich in Diskussionen unzählige Male mit der 18-Minuten-Lüge der Arbeitgeber auseinander. Sie wissen aus Erfahrung, dass jede Arbeitszeitverlängerung eins zu eins in Stellenstreichungen umgesetzt wird. 250 000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Wie können die verantwortlichen Landespolitiker mit CDU- oder SPD-Parteibuch das mit ihrem christlichen Ethos, mit ihren sozialdemokratischen Grundsätzen vereinbaren?

Die Streikenden sind schon da

Die Streikenden im Norden und Süden, im Osten und Westen halten ihren Streik, ihren Protest aufrecht. Sie rücken den Politikern mit ihren Forderungen auf den Pelz, durch Mahnwachen vor den Staatskanzleien und Wahlkreisbüros, durch den Besuch von öffentlichen Veranstaltungen. Wo auch immer die Politiker hinkommen, die Streikenden sind schon da. Sie kämpfen

- für ihre befristet beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, die als erste bei Arbeitszeitverlängerung auf die Straße gesetzt werden,
- für die Jugendlichen, die sich bei zusammengestrichenen Stellenplänen keine Hoffnung auf Ausbildungsplatz oder Übernahme machen können,
- gegen noch mehr Stress in den Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen, Straßenmeistereien und Kfz-Zulassungsstellen, Theatern und Verwaltungen und letztlich
- für soziale Verantwortung und sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.

ver.di fordert angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen: Schluss mit der Politik des Personalabbaus im öffentlichen Dienst. Wir wollen eine soziale Republik mit tariflich vereinbarten, verlässlichen Arbeitsverhältnissen. Diktate sind undemokratisch. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind mündige, verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger. Sie haben das Recht auf Mitgestaltung. **Der Versuch der Arbeitgeber, ver.di auszuhungern und die Streikenden zu zermürben, wird scheitern.**

Weitere Informationen unter: www.streik-oed.verdi.de

„Ich finde es richtig, dass sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen längere Arbeitszeiten wehren, ...“

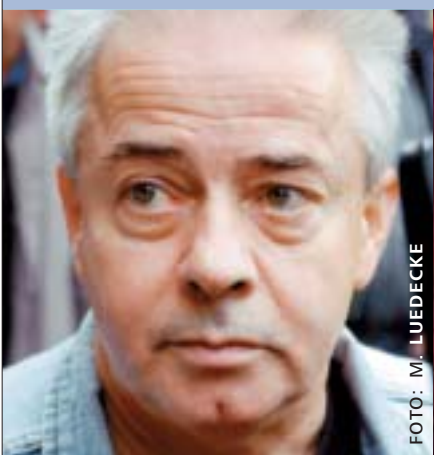


FOTO: M. LUEDECKE

...weil ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen die sozialen Konflikte nur noch mehr verschärft. Deshalb ist der Widerstand der Arbeitnehmer und der Gewerkschaft ver.di nicht nur gerechtfertigt, sondern unbedingt notwendig.“

CHRISTIAN FÜHRER

Pfarrer an der Nicolai-Kirche, Leipzig



FOTO: VARIO-IMAGES

...weil der Mensch ganz einfach Ruhezeiten braucht. Und es grenzt doch inzwischen an physische und gesundheitliche Ausbeutung, wenn Arbeitgeber nun auch noch längere Arbeitszeiten ansetzen wollen.“

NINA HAGEN

Künstlerin und Friedensaktivistin



FOTO: VARIO-IMAGES

...weil der Mensch keine Ware ist, deren Ausbeutung der kapitalistischen Profitmaximierung überlassen werden darf. Arbeitszeitverlängerung ist Verlust an Kaufkraft und Reduktion von Freizeit.“

JEAN ZIEGLER, UNO-Sonderberichterstatter, Autor des Buches *Das Imperium der Schande*

JUSTIZ

Geschieden wird nicht

In Hamm werden erstmals Gerichte und eine Generalstaatsanwaltschaft bestreikt

Grundbucheintragungen, Ehescheidungen und Mahnbescheide: Wer im westfälischen Hamm derlei juristische Anliegen hat, braucht in diesen Wochen ein wenig Geduld. Am Justizgebäude prangt seit dem 8. März ein ver.di-Schild: „Dieser Betrieb wird bestreikt!“ Die 80 Justizangestellten des Oberlandesgerichts, der Generalstaatsanwaltschaft und des Amtsgerichts gehören mit ihrem bereits zwei Monate dauernden Ausstand zu den engagiertesten Belegschaften in der laufenden Tarifauseinandersetzung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

Einen Streik bei einem Oberlandesgericht und einer Generalstaatsanwaltschaft hat es zuvor in Deutschland wohl noch nie gegeben. ver.di-Sekretärin Inge Menze: „Es war auch ganz schwierig, eine vernünftige Notdienstvereinbarung hinzukriegen. Wir wollen ja nicht, dass Ganoven und Schwerverbrecher den Strafverfolgungsbehörden

entgehen. Der Generalstaatsanwalt hat sich anfangs sehr geziert, mit uns über den Notdienst zu verhandeln. Aber jetzt streiken die Abteilungen abwechselnd“ – so dass eben das Wichtigste pünktlich erledigt werde, aber Scheidungsklagen und zu erlassende Mahnbescheide sich stapeln.

Zentraler Aktionstag in Hagen

Am 11. Mai trafen sich rund 400 Streikende aus nordrhein-westfälischen Amts, Land- und Oberlandesgerichten, Staatsanwaltschaften, Sozial- und Verwaltungsgerichten und die Beschäftigten der Zentralen Mahnabteilung des Hagener Amtsgerichtes (ZEMA) und des Gemeinsamen Gebietsrechenzentrums (GGRZ) in Hagen zu einem Aktionstag der Justizangestellten. Sie demonstrierten in der Innenstadt, anschließend fand eine Kundgebung vor dem Land- und Amtsgericht statt.

VOR ORT

He, wir sind noch da!

Viele ideenreiche Streikaktionen – von den Medien kaum beachtet – holen die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zurück

Mit einer Postkartenaktion an den niedersächsischen Finanzminister Hartmut Möllring brachten sich nach Ostern die Streikenden im öffentlichen Dienst in Erinnerung. Der Adressat war gut gewählt, gilt der Unionspolitiker doch als Hardliner, der auf Zeit spielt und zügige Verhandlungen bislang verhindert hat. Möllring ist Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Auch seinen Chef, den Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU), haben die Streikenden im Visier mit Mahnwachen an seinem Osnabrücker Abgeordnetenbüro sowie an der Staatskanzlei in Hannover.

In den Medien fanden die Streikaktionen von ver.di zwischen Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Sachsen und dem Saarland kaum Widerhall. Tatsächlich waren in den vergangenen Wochen Tag für Tag einige tausend Landesbeschäftigte im Streik.

Für Inspirationen aus dem Nachbarland sorgte die französische Gewerkschafterin Claire Dumontier aus Rouen. Sie berichtete auf einer Streikversammlung der Beschäftigten beim Landesamt für Datenverarbeitung und Sta-

tistik in Düsseldorf über die erfolgreiche Kampagne gegen geplante Verschlechterungen im französischen Kündigungsrecht. „Wir haben gewonnen, weil wir einig waren“, sagte sie.

Internationale Unterstützung bekommt ver.di auch kurz vor dem Beginn der neuerlichen Verhandlungen am 18. Mai. Der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst demonstriert gemeinsam mit zwei belgischen Gewerkschaften am 17. Mai vor der niedersächsischen Landesvertretung in Brüssel.

Seit Wochen besuchen Streikende in Düsseldorf freitags den nordrhein-westfälischen Finanzminister Helmut Linsen (CDU). Sie erinnern ihn an seine Dienstpflicht gegenüber den Patientinnen und Patienten sowie den Beschäftigten. In einem „Tarifzirkus“ in Düsseldorf traten ver.di-Raubkatzen und dressierte Krankenschwestern auf, und am Schluss zauberte ein Magier einen Tarifvertrag aus dem Hut.

Gleich zweimal war die saarländische Landeshauptstadt Schauplatz größeren gewerkschaftlichen Protests: Mehr als 5 000 Gewerkschafterinnen und

Gewerkschafter von IG Metall und ver.di im Saarland zeigten am 19. April Schulterchluss gegen Arbeitsplatzabbau durch Arbeitszeitverlängerung. Eine Woche später demonstrierten mehr als 6 000 Streikende des öffentlichen Dienstes aus den südwestlichen Regionen Deutschlands an der Saar.

In Anlehnung an das populäre Spiel „Monopoly“ haben Streikende in Niedersachsen ein „Möllringpoly“ als Spiel konzipiert. Richtig mit Würfeln und Ereigniskarten. Angetreten sind Teams von Straßen- und Autobahnmeistereien, der Universität und Fachhochschule Hannover und anderen Landesbetrieben. Den Gewinnern winkte ein „Tarifvertrag“.

Eine lange Leitung dokumentierten die Arbeitgeber, weil sie sich zu früheren Verhandlungen nicht in der Lage sahen. Darauf machte ver.di mit ei-

ner zwei Kilometer langen Wäscheleine in München aufmerksam. Auf der Leine flatterten 500 Hemden – die Streikenden gaben ihrem „Landesvater“, Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU), buchstäblich ihr „letztes Hemd.“

Anfang Mai streikten mehr als 1000 Landesbedienstete in Baden-Württemberg an Universitäten, der staatlichen Münze, am Staatstheater, dem zoologischen und botanischen Garten in Stuttgart.

In den Wochen seit Ostern prägten eher bunte regionale Aktionen das Streikgeschehen, weniger große überregionale Demonstrationen. Anscheinend zu wenig spektakulär für die großen Medien. Aber folgenlos blieben die Aktionen nicht: Die öffentlichen Arbeitgeber kehrten an den Verhandlungstisch zurück.



Lange Leine in München: Streikende gaben Stoiber ihr letztes Hemd

FOTO: VER.DI MÜNCHEN

Jetzt erst recht: Ich will ver.di-Mitglied werden!

Telefon-Hotline: 0180 / 2 22 22 77
Internet: <http://mitgliedwerden.verdi.de>

IMPRESSUM

VER.DI EXTRA ZUM STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST:
PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN
POSTANSCHRIFT: 10112 BERLIN
TEL: 030 / 6956-0, FAX: 030 / 6956-3012
E-MAIL: REDAKTION.PUBLIK@VERDI.DE
HERAUSGEBER:
FRANK BSIRSKE, VORSITZENDER DER VEREINigten DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI
REDAKTION: MARTIN KEMPE (V.I.S.D.P.), PETRA GROLL, CHRISTIAN JUNGBLODT, RENATE KOSSMANN, GUNTER LANGE, HEIKE LANGENBERG, HENRIK MÜLLER
GESTALTUNG UND PRODUKTION: BUCKENDAHL:DESIGN, HAMBURG
DRUCK: ALPHA-PRINT-MEDIEN AG, DARMSTADT

STRAFANZEIGE

Streik mit Chic

Mit einer „ver.di-Modenschau“ reagierten Streikende in Osnabrück auf eine Strafanzeige gegen Streikende. Auf dem „Laufsteg“ im Gewerkschaftshaus zeigte sich, wie vielseitig man sich mit der ver.di-Streikweste präsentieren kann. Nach einer Streikaktion war bei der Polizei eine Strafanzeige gelaufen: „Bei mehreren politischen Versammlungen traten Gewerkschaftsmitglieder in gleichartigen Kleidungsstücken als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung auf. Es handelt sich dabei um weiße Kunststoffwesten mit rotem Aufdruck „ver.di“. Diese werden über den Körper gezogen und sind unabhängig vom Materialwert Kleidungsstücke.“ So hieß es in der Anzeige wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen das Uniformverbot bei Versammlungen. „Im ersten Moment hatten wir das für einen Scherz gehalten“, so ver.di-Streikführerin Nicole Verlage-Krutzki.

Mit der ironischen Modenschau haben ver.di-Streikende darauf geantwortet. Die Staatsanwaltschaft prüfte zu Redaktionsschluss noch die Anzeige.

WIR sind der öffentliche Dienst

Zum Beispiel: **GEORG DOLL**, Lawinen- und Wildbachverbauung, Flussmeisterstelle Benediktbeuren

„Uns stinkt es, und zwar sakrisch“, sagt Georg Doll, der vor allem mit Lawinen- und Wildbachverbauung beschäftigt ist. „Das kannst Du nur begrenzt machen, sonst ruinierst du dir deine Gesundheit.“ Dass er und seine Kollegen jetzt noch länger arbeiten sollen, „ist ein Schlag“. Deshalb sei es so wichtig, sich jetzt zu wehren.



FOTO: HANS STERR

Zum Beispiel: **ZAHRA RAKIB**, Laborhilfskraft, Institut für Hygiene am Universitätsklinikum Düsseldorf

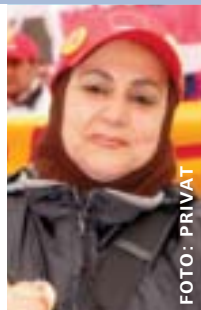


FOTO: PRIVAT

Zum Beispiel: **ALFONS KOHL**, Straßenwärter, Straßenmeisterei Ampfing

„Es fehlt himmelweit“, sagt er, „ich weiß gar nicht, wo ich mit dem Aufzählen anfangen soll.“ Das Personal in der Dienststelle werde immer weniger, weshalb nur noch absolute Kernarbeiten erledigt werden können; „Arbeiten zum Unterhalt der Strecken bleiben auf derselben“.



FOTO: HANS STERR

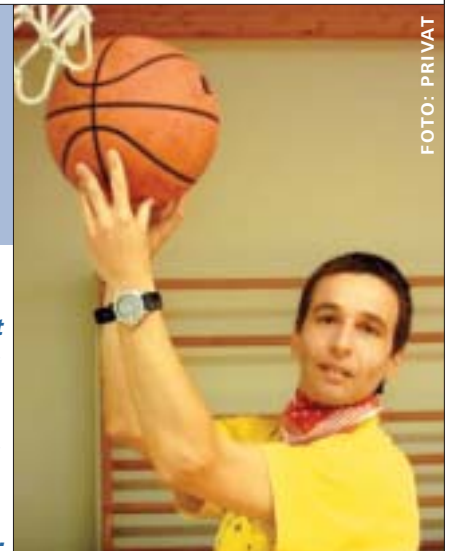


FOTO: PRIVAT

Zum Beispiel: **EDITH EBERHARD**, Sporttherapeutin, Zentrum für Psychiatrie in Reichenau

Ich denke, dass noch genügend Gelder in den öffentlichen Kassen sind, sie sind nur nicht richtig umverteilt. Die Reichen nehmen sich immer mehr, die Armen müssen immer mehr schuften. Deshalb streike ich, weil das der Weg ist, wie ich überhaupt etwas ändern kann.